



welt
hunger
hilfe



HUNGRIG NACH WANDEL!

Was die Bundesregierung auf dem UN-Gipfel zu Ernährungssystemen erreichen sollte

*Europäische Pommes frites werden nach Peru, ins Heimatland der Kartoffel, exportiert, wo es noch fast 4.000 Kartoffelsorten gibt – mit hohen Kosten für die Umwelt. Heimische Kartoffelsorten werden dort wiederum von kleinbäuerlichen Betrieben angebaut. Diese haben kaum Zugang zu profitablen Märkten. Parallel dazu exportieren Großbetriebe in Peru Produkte wie Spargel, Weintrauben und Paprika, die zu einem erheblichen Wachstum der peruanischen Landwirtschaft beigetragen haben.¹ Doch davon profitieren nur wenige: 50 Prozent der peruanischen Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze, viele überwiegend indigene Kleinbäuerinnen und -bauern leiden unter chronischer Unterernährung. Ein Beispiel dafür, wie der Anbau und Konsum von Nahrungsmitteln sich negativ auf einen Großteil der Produzent*innen und unseren Planeten auswirken.*

Der Begriff Ernährungssystem bezieht sich auf die Art und Weise, wie Nahrungsmittel produziert, verarbeitet, gehandelt und konsumiert werden – also vom Acker bis zum Teller. Bei der ganzheitlichen Betrachtung werden ebenfalls alle beteiligten Akteure sowie die sozioökonomischen und ökologischen Auswirkungen ihres Handelns einbezogen.²

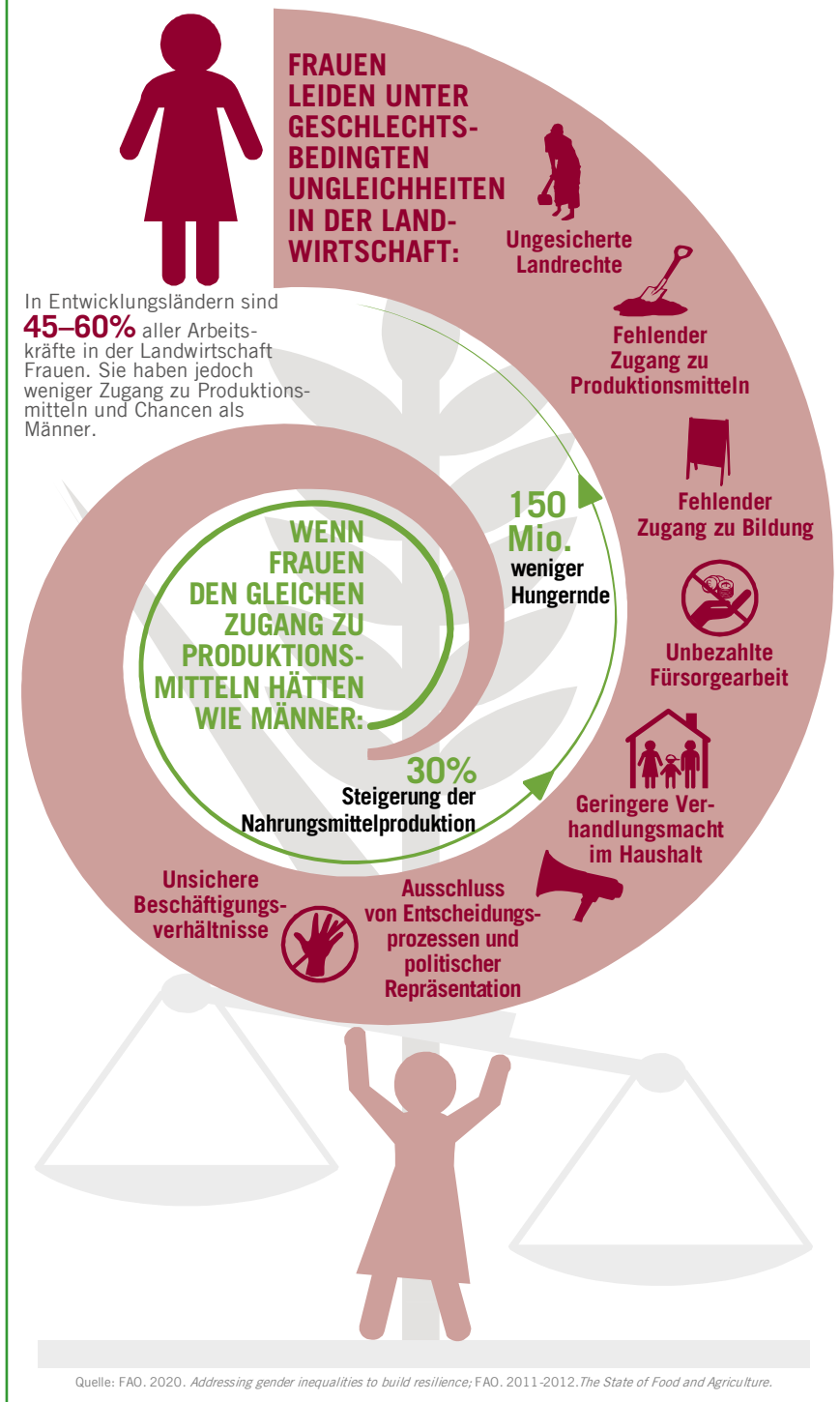
Weltweit werden mehr Lebensmittel produziert als je zuvor. Trotzdem gelingt es derzeit nicht, gesunde, nachhaltige, kulturell angepasste und erschwingliche Nahrung für alle Menschen bereitzustellen. Das Recht auf Nahrung von Millionen Menschen weltweit wird täglich mit Füßen getreten. Dieser Widerspruch hat den UN-Generalsekretär dazu veranlasst, im September 2021 den UN-Gipfel für Ernährungssysteme einzuberufen. Der Gipfel soll das Bewusstsein für eine dringend notwendige und weltweite Transformation unseres der-

zeitigen Ernährungssystems schärfen und entsprechende Maßnahmen auf den Weg bringen. Die Bundesregierung sollte sich im Interesse der Menschen, die am stärksten von Ernährungsunsicherheit und Mangelernährung betroffen sind, aktiv in diesen Prozess einbringen.

Kleinbauern leiden unter ungleichen Einkommens- und Lebensbedingungen

Die Existenz von mehr als zwei Milliarden Menschen ist von kleinbäuerlicher Landwirtschaft abhängig.³ In vielen Weltregionen produzieren sie den größten Anteil der Nahrungsmittel und liefern bis zu 80 Prozent der elementaren Nährstoffe.⁴ Nichtsdestotrotz sind viele dieser Familien arm und können sich nicht ausreichend ernähren. Frauen und Kinder sind am schlimmsten betroffen, denn Frauen werden auf vielfältige Weise diskriminiert mit negativen Folgen für ihre Existenzsicherung und Ernährungssicherheit (siehe Abbildung 1).

Abbildung 1: Geschlechterungleichheit auf dem Land und ihre Auswirkungen auf den Hunger



Das derzeitige globale Ernährungssystem verschärft die Ungleichheiten

Intensive Landwirtschaft ist maßgeblich verantwortlich für die Degradierung von Ackerland und Trinkwasser. Die industrielle Viehzucht ist für etwa 20 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich.⁶ Größter Treiber für den Verlust der biologischen Vielfalt wiederum ist die Umwandlung natürlicher Ökosysteme in Acker- und Weideland. Internationale Handels- und Investitionspolitiken, beispielsweise zur Förderung des Soja- und Palmölanbaus für globale Märkte, tragen maßgeblich dazu bei, dass indigene Gruppen sowie Kleinbäuerinnen und -bauern von ihrem Land vertrieben werden. Dies geht einher mit fehlender rechtlicher Unterstützung durch die nationalen Regierungen. De facto sind sichere Landrechte existentiell wichtig für die Ernährungssicherheit der Landbevölkerung.

Die sozialen und ökologischen Kosten unseres Konsumverhaltens – insbesondere im Globalen Norden – werden jedoch nicht in die Lebensmittelpreise eingerechnet. Stattdessen werden sie hauptsächlich von Steuerzahler*innen und gesellschaftlich benachteiligten Haushalten übernommen. Darüber hinaus belohnen intensive landwirtschaftliche Produktionssysteme die billige Produktion großer Mengen von energiereichen, aber häufig nährstoffarmen Grundnahrungsmitteln. Gesunde und nährstoffreiche Lebensmittel wiederum sind für viele Menschen unerschwinglich: Das betrifft rund drei Milliarden Menschen weltweit.⁷

Gerade die Länder und gesellschaftlichen Gruppen, die unter den negativen Auswirkungen dieser Politik am stärksten leiden, haben in der Regel keine Einflussmöglichkeiten bzw. bei Verhandlungen die schlechteste Position. Machtungleichgewichte werden auf lokaler und nationaler Ebene sichtbar: In der Regel haben Männer und städtische Eliten stärkeren Einfluss auf politische Entscheidungen als Frauen und die ländliche Bevölkerung. Dadurch werden Bedürfnisse und Rechte von kleinbäuerlichen Betrieben, Landarbeiter*innen, indigenen Völkern und Frauen vernachlässigt: wie beispielsweise in Sierra Leone, wo hauptsächlich einflussreiche Personen wie Regierungsvertreter*innen und traditionelle Autoritäten zur Reform der Landgesetzgebung konsultiert wurden. Die Interessen der betroffenen lokalen Gemeinschaften hingegen wurden nicht berücksichtigt.⁸ Auf internationaler Ebene sind die Auswirkungen solcher Missverhältnisse häufig noch dramatischer: wenn zum Beispiel arme Länder gezwungen sind, Kreditgebern gegenüber Zugeständnisse zu machen und so Handelsbedingungen zu akzeptieren, die unmittelbare negative Auswirkungen haben auf die Existenzsicherung und Ernährungssicherheit gesellschaftlich benachteiligter Gruppen.⁶

Obwohl bekannt ist, dass Investitionen in Landwirtschaft und die Entwicklung ländlicher Räume Armut erfolgreich bekämpfen, wurden sie in den letzten Jahrzehnten weitgehend vernachlässigt.⁵ De facto sind kleinbäuerliche Betriebe oft in einem Teufelskreis aus Subsistenzlandwirtschaft, geringen Erträgen und unzureichendem Einkommen gefangen und können ihre Familien nicht angemessen versorgen. Darüber hinaus treffen sie die zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels am härtesten. Es fehlt ihnen am Zugang zu Kapital, Informationen, Qualitätssaatgut, aber auch zu Beratungsdiensten und natürlichen Ressourcen. Häufig leben sie in abgelegenen Regionen mit schlechter Infrastruktur und fehlendem Zugang zu Märkten. Selbst wenn diese bäuerlichen Betriebe Überschüsse produzieren, können sie nicht mit Niedrigpreisen von Importprodukten aus industrieller Produktion konkurrieren. Beschäftigte in der Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie arbeiten häufig unter prekären Bedingungen: Es fehlt an Arbeitssicherheit, existenzsichernden Löhnen und sozialer Absicherung.

Der Zugang zu gesunder Nahrung ist ein Menschenrecht

Heutige und zukünftige Generationen können sich nur dann gesund ernähren, wenn dabei gewährleistet wird, dass natürliche Ressourcen geschützt statt übernutzt werden. Regierungen müssen Ernährungssysteme im öffentlichen Interesse so umgestalten, dass sie das Wohl von Menschen und der Erde gleichermaßen im Blick haben.

Dabei muss die Förderung ländlicher Räume in Verbindung mit der Unterstützung (klein-)bäuerlicher Betriebe in Politik und Wirtschaft Priorität haben, bilden sie doch das Rückgrat der Nahrungsmittelproduktion im Globalen Süden. Wenn die Arbeits- und Einkommensbedingungen in der Landwirtschaft verbessert und menschenwürdige Arbeitsplätze in der lokalen und regionalen Ernährungswirtschaft geschaffen werden, finden Jugendliche im ländlichen Raum wieder eine Existenzgrundlage. Außerdem wird regionale Wertschöpfung gefördert. Höhere öffentliche Investitionen in soziale Sicherheit und Armutsbekämpfung stärken

die Widerstandsfähigkeit benachteiligter Menschen. Auf diese Weise sind arme Haushalte weniger gefährdet, in der Folge externer Schocks in eine Ernährungskrise zu geraten.

Damit ernährungsunsichere Menschen tatsächlich von Politiken und Programmen profitieren können, müssen sie bei der Entscheidungsfindung auf lokaler, nationaler und globaler Ebene ein Mitspracherecht haben. Haben sie Zugang zu relevanten Informationen und Rechenschaftsmechanismen, können sie Behörden für deren Handeln bei der Ausgestaltung der Ernährungspolitik sowie dem Schutz des Rechts auf Nahrung zur Verantwortung ziehen. Sind Verbraucher*innen darüber hinaus ausreichend informiert, welche Nahrungsmittel gesund sind und wer sie unter welchen Bedingungen produziert, dann greifen sie eher zu gesunden Lebensmitteln aus nachhaltiger Produktion, weil sie sie anders wertschätzen.

Der folgende Ansatz zeigt beispielhaft, wie viele der oben genannten Ziele im Rahmen eines systemischen Vorgehens in die Tat umgesetzt werden können:

BhoomiKa - Fair und Bio für Land und Stadt

Die Vermarktungsplattform „BhoomiKa“ („erdverbunden“) wurde von der Welthungerhilfe und Partnern in Indien 2017 gegründet, um einer wachsenden städtischen Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, sich mit Biolebensmitteln von kleinbäuerlichen Betrieben aus der Region zu versorgen. In Indien ist Lebensmittelsicherheit ein großes Thema, viele Nahrungsmittel sind stark verseucht mit Pestiziden. Im normalen Lebensmittelhandel verdienen vor allem Zwischenhändler*innen, deshalb werden die hier angebauten Produkte über Start Ups in Direktvermarktung an Verbraucher*innen in Großstädten verkauft. Das verhilft den landwirtschaftlichen Produzent*innen zu einem deutlich höheren Einkommen. „Green, clean, fair – grün, sauber, fair“ ist deshalb auch das Markenzeichen von BhoomiKa.

Um diese neu entstandenen regionalen und lokalen Ernährungssysteme widerstandsfähig zu machen, werden beteiligte Akteur*innen durch verschiedene Maßnahmen unterstützt:

- Kleinbäuerinnen und -bauern erhalten Trainings in agrarökologischen Anbaumethoden. Außerdem werden sie darin ausgebildet, sich gegenseitig im Rahmen eines „Participatory Guarantee Systems (PGS)“ zu zertifizieren. Ein positiver und

zentraler Effekt ist, dass kleinbäuerliche Familien selbst über qualitativ hochwertigere Nahrungsmittel verfügen und sich so besser ernähren können.

- Für die Vermarktung werden Lebensmittelunternehmer*innen ausgebildet und in den Bereichen Nahrungsmittelsicherheit, umweltfreundliche Verpackungen und Produktmarketing geschult. Sie arbeiten in der Regel als selbstständige Start Ups und sind mit den Bauern und größeren Netzwerken sowie Verbrauchermärkten vernetzt.
- Auf der Verbraucherebene erhalten städtische Familien Zugang zu sicheren biologischen Lebensmitteln.

Nach einer erfolgreichen Pilotphase arbeitet BhoomiKa inzwischen mit 7000 Landwirt*innen zusammen. Frauen werden ermutigt, Vorstandsmitglieder von bäuerlichen Erzeugergemeinschaften zu werden. Ein Netzwerk von 50 Unternehmer*innen ist entstanden, die Hälfte davon sind Frauen. Für 15 landwirtschaftliche Bio-Produkte wurden neue Wertschöpfungsketten entwickelt. Davon profitieren 800.000 Verbraucher*innen. BhoomiKa hat bereits mehrere indische Bundesstaaten dazu bewogen, sich um gesündere Angebote bei den Schulmahlzeiten zu kümmern.

Was die Welthungerhilfe von der deutschen Regierung erwartet

Der UN Food Systems Summit im September muss dringend die Weichen für eine Transformation unseres globalen Ernährungssystems stellen:

1. Regierungen sollten Vorreiter mit Blick auf einen grundlegenden Wandel des Ernährungssystems sein, statt Minimallösungen anzustreben.

Regierungen dürfen sich nicht hinter dem Multi-Akteurs-Format des Gipfels verstecken, sondern müssen sich zu konkreten Maßnahmen verpflichten: Diese müssen auf bestehenden Vereinbarungen wie den UN-Nachhaltigkeitszielen, dem Pariser Klimaabkommen, Menschenrechtsverträgen und ILO-Konventionen basieren und dürfen nicht dahinter zurückfallen. Hierbei geht es weniger um technische Lösungen als um strukturelle Veränderungen des Ernährungssystems. Auch die Privatwirtschaft ist verpflichtet, aktiv zur Bekämpfung von Armut und Fehlernährung sowie zum Schutz der Umwelt beizutragen.

2. Regierungen müssen menschenrechtliche und ökologische Sorgfaltspflichten in der landwirtschaftlichen Produktion und in Lieferketten durchsetzen.

Soziale und ökologische Kosten unseres Produktions- und Konsumverhaltens müssen sich in Lebensmittelpreisen widerspiegeln. Der UN-Gipfel muss dafür die notwendigen Maßnahmen einleiten. Regierungen im Globalen Norden und Süden sollten steuerliche Anreize, wie z.B. Agrarsubventionen so umwidmen, dass sie einen Beitrag zu Umwelt- und Klimazielen sowie zur Bereitstellung bezahlbarer und gesunder Lebensmittel leisten. Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU ist in diesem Zusammenhang ein entscheidender Hebel für einen Kurswechsel, den die deutsche Regierung entschlossen vorantreiben sollte. Darüber hinaus

sollte sich Deutschland für ein ambitioniertes europäisches Lieferkettengesetz einsetzen, das das Recht auf Nahrung adressiert. Hier kann der UN-Gipfel dafür genutzt werden, ein starkes Signal zu senden, dass ein rechtlicher Rahmen für die Gewährleistung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten, Umwelt- und Sozialstandards in globalen Lieferketten unabdingbar ist. In diesem Zusammenhang sollte sich die Bundesregierung aktiv an der Entwicklung eines verbindlichen UN-Vertrags zu Wirtschaft und Menschenrechten beteiligen sowie weitere UN-Mitgliedsstaaten dafür gewinnen.

3. Regierungen, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft müssen lokale und regionale Ernährungssysteme aufbauen und stärken.

Der UN-Gipfel sollte die Bedeutung lokal und regional verankerter Ernährungssysteme klar hervorheben, um deren Resilienz zu stärken und das Erreichen des Null-Hunger-Ziels voranzutreiben. Hier muss die Bundesregierung sicherstellen, dass auf dem Gipfel politische Maßnahmen und öffentliche Investitionen Priorität haben, die zur Stärkung ländlicher Wirtschaftskreisläufe und (klein-)bäuerlicher Betriebe beitragen: Hierbei sollten technische, soziale und politische Innovationen gemeinsam mit lokalen Gemeinschaften entwickelt werden unter Einbeziehung ihres traditionellen Wissens. Regierungen generell müssen Ernährungspolitiken künftig sektorübergreifend abstimmen und sicherstellen, dass Politikentscheidungen wie z.B. in Handel, Landwirtschaft oder Energie keine negativen Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit von Menschen haben – indem sie dazu führen, dass Menschen für den Anbau von Exportprodukten von ihrem Land vertrieben werden oder dass gesunde Lebensmittel teurer sind als ungesunde.

4. Arme und hungernde Menschen müssen im Zentrum ernährungspolitischer Ansätze stehen.

Ernährungsunsichere Menschen und die junge Generation, die von den Auswirkungen aktueller Politikansätze unmittelbar betroffen sind, müssen ihre Interessen einbringen und über die Umsetzung mitbestimmen können. Dafür braucht es politische Freiräume auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene. Die Bundesregierung muss die Notwendigkeit von Transparenz, Rechenschaftspflicht und

inklusive Beteiligung der Schwächsten im Prozess des UN-Gipfels berücksichtigen und diese auch im politischen Dialog mit Partnerregierungen betonen. Sie sollte die Mittel für das Empowerment von marginalisierten Gruppen und zivilgesellschaftlichen Akteuren deutlich erhöhen. Auch sollte sie sich dafür einsetzen, dass das UN-Komitee für Welternährung (CFS) als multilaterales und menschenrechtlich verankertes Forum mit etablierten Mitbestimmungsmöglichkeiten eine wichtige Rolle in zukünftigen ernährungspolitischen Debatten, bei der Entscheidungsfindung und dem Monitoring der Ergebnisse des UN-Gipfels zu Ernährungssystemen erhält.

5. Die Gleichstellung der Geschlechter muss eine Priorität bei der Transformation sein.

Damit Frauen und Mädchen im ländlichen Raum in Zukunft eine Chance auf Existenzsicherung und gerechtere Vergütung haben, müssen herrschende strukturelle Ausgrenzungen bzw. Benachteiligungen in Politikansätzen und Maßnahmen berücksichtigt werden. Regierungen müssen die Beteiligung von Frauen an Entscheidungsprozessen garantieren und dafür sorgen, dass deren Landrechte wie auch ihr Zugang zu Wissen, Betriebsmitteln, Finanzierung, würdiger Arbeit, natürlichen Ressourcen und Märkten gesichert und geschützt werden. Vor allem müssen Regierungen, Geberorganisationen und Wirtschaft einheimische zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für die Rechte von Frauen und Mädchen einsetzen, in die Planung und Umsetzung von Programmen einbeziehen. Geberländer müssen die Gleichstellung der Geschlechter und die Rechte von Frauen und Mädchen systematisch im Dialog mit den Partnerländern thematisieren.

6. Die Ergebnisse des Gipfels müssen regelmäßig und mit inklusiver Beteiligung überprüft werden.

Die Ergebnisse des UN-Gipfels müssen sich daran messen lassen, ob sie zu einer signifikanten Verbesserung für die Menschen führen, die an Unterernährung leiden und von den ökologischen und sozialen Folgekosten des globalen Ernährungssystems betroffen sind. Diese Gruppen müssen durch legitime Vertreter*innen am Monitoring der Gipfel-Ergebnisse auf nationaler und internationaler Ebene aktiv beteiligt werden.

Weniger als zehn Jahre verbleiben bis zum Jahr 2030. Bis dahin wollte die Weltgemeinschaft auf Basis der Globalen Ziele für Nachhaltige Entwicklung dafür sorgen, dass kein Mensch weltweit mehr hungern muss. Doch im Zuge der Corona-Pandemie, weltweiter Krisen und Konflikte sowie des Klimawandels geht der Trend leider wieder in die andere Richtung. Der UN-Gipfel zu Ernährungssystemen ist eine große Chance, die Weichen zur Erreichung dieser Ziele nochmals neu zu stellen. Wir brauchen nachhaltige, inklusive und widerstandsfähige Ernährungssysteme. Denn alle Menschen haben das Recht, sich angemessen und gesund zu ernähren. Weltweit und jederzeit!

Quellen:

- 1 Worldbank 2018. <https://blogs.worldbank.org/latinamerica/peru-s-agricultural-production-grows-smallholders-long-better-markets>
- 2 HLPE. 2020. Food security and nutrition: building a global narrative towards 2030.
- 3 Fan, Shenggen, and Christopher Rue. 2020. "The Role of Smallholder Farms in a Changing World."
- 4 Fanzo, Jessica. 2020. "From Big to Small: the Significance of Smallholder Farms in the Global Food System." The Lancet Planetary Health.
- 5 CAADP. 2019. Second Biennial Review Report of the African Union Commission on the Implementation of the Malabo Declaration on Accelerated Agricultural Growth and Transformation for Shared Prosperity and Improved Livelihoods.
- 6 The Lancet. 2019. The Global Syndemic of Obesity, Undernutrition, and Climate Change: The Lancet Commission Report.
- 7 FAO, IFAD, UNICEF, WFP and WHO. 2021. The State of Food Security and Nutrition in the World 2021. Transforming food systems for food security, improved nutrition and affordable healthy diets for all.
- 8 Land for Life Consortium, Policy Brief "Better Land Governance Laws", February 2020; <https://land-for-life.org/countries/sierra-leone/>

Bonn/Berlin, 19. Juli 2021

Kontakt: Asja Hanano, Leiterin Politik und Außenbeziehungen

Email: policy@welthungerhilfe.de

Deutsche Welthungerhilfe e. V.
Friedrich-Ebert-Straße 1, 53173 Bonn
Tel. +49 (0)228 2288-0
Fax +49 (0)228 2288-333
www.welthungerhilfe.de